

Digitalisierung inklusiv gestalten

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

*Die fortschreitende Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche und verändert die Art, wie wir miteinander kommunizieren, uns organisieren und unsere Gesellschaft gestalten, nachhaltig. Dadurch ergeben sich neue Gefahren für die Exklusion von benachteiligten Menschen, aber auch neue Chancen. Um positive Potenziale nutzen zu können, muss Digitalisierung aktiv begleitet und inklusiv gestaltet werden. Der Beitrag diskutiert anhand von drei Themenbereichen die Möglichkeiten und Risiken der Digitalisierung: digitale Angebote und öffentliche Dienstleistungen, politische Partizipation im digitalen Zeitalter sowie die Anwendung von automatisierten Entscheidungssystemen in verschiedenen Feldern der (Sozial-)Politik. Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Sie sind durch ihre Nähe zu den Zielgruppen und ihre Expertise zentrale Akteur*innen für die Gestaltung digitaler Inklusion.*

Digitalisierung, digitale Transformation und, in Anlehnung an die industrielle Revolution, digitale Revolution: Mit diesen Begriffen wird der große gesellschaftliche Umbruch, den die technischen Möglichkeiten seit der Erfindung des Computers nach sich gezogen haben, beschrieben. Die fortschreitende Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche und verändert die Art, wie Menschen miteinander kommunizieren, arbeiten und interagieren, grundlegend. Digitalisierung erleichtert die Kommunikation und bringt neue Kommunikationsformen hervor, sie schafft neue Jobs und Berufsfelder und bietet in vielerlei Hinsicht neue Möglichkeiten und Chancen. Gleichzeitig birgt der rasch fortschreitende Wandel aber auch Risiken: Berufe werden durch Automatisierung und Digitalisierung obsolet (Fossen / Sorgner 2019), Kompetenzanforderungen ändern sich, es entstehen neue Ungleichheiten und neue Exklusionsgefahren (Verständig et al. 2016).

Besonders deutlich sind die Folgen der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Diese betreffen zumindest vier Bereiche (Arnold et al. 2017): Erstens verändert Digitalisierung die Organisation von Arbeit. Sie ermöglicht es, Arbeitsschritte neu zu organisieren und beispielsweise sehr kleinteilige Aufgaben an Arbeiter*innen zu vergeben, die zuvor Teil eines größeren Berufsprofils waren. Ergebnis davon ist etwa die sogenannte „Gig Economy“. Zweitens beeinflusst Digitalisierung die räumliche Trennung von Arbeit und Privatleben. Viele wissensbasierte Aufgaben

können mittlerweile ortsunabhängig erledigt werden – etwa im Homeoffice, was gerade in der Corona-Krise für viele ein Vorteil war. Gleichzeitig bringt diese Möglichkeit aber auch Probleme mit sich. Arbeitnehmer*innen sind oft selbst für die Arbeitsinfrastruktur verantwortlich, wodurch wiederum bestehende Ungleichheiten in Hinblick auf die Wohnsituation sehr deutlich werden. Drittens hat Digitalisierung große Auswirkungen auf Tätigkeiten und Arbeitsinhalte. Sie macht Jobs obsolet oder trägt zu ihrem Verschwinden bei, gleichzeitig schaffen die digitalen Möglichkeiten aber auch neue Berufsbilder, die vor wenigen Jahren noch nicht denkbar waren. Dadurch besteht viertens eine höhere Notwendigkeit, sich regelmäßig weiterzubilden und sich neue Fähigkeiten anzueignen, als noch vor 20 Jahren. Damit sind gerade Ältere oder Menschen mit geringerer formaler Bildung oft überfordert. Die Corona-Krise hat die beschriebenen Entwicklungen in der Arbeitswelt beschleunigt und bestehende wie neue Ungleichheiten verdeutlicht.

Diese Ungleichheiten bestehen seit Beginn der digitalen Revolution und haben im letzten Jahrzehnt an Komplexität gewonnen, wie die Debatte um das Schlagwort „digital divide“ bzw. „digitale Spaltung“ zeigt. Erstmals tauchte der Begriff in den frühen 2000er Jahren in der sozialwissenschaftlichen Forschung auf, als es noch vorwiegend um die Frage ging, ob es möglich sein wird, alle Menschen mit Internetzugang und Endgeräten auszustatten. In der Debatte um den sogenannten „first digital divide“ wurden zwei dichotome Gruppen konstruiert – jene mit und jene ohne Internetzugang (Min 2010). Während manche der Ansicht waren, dass sich die digitale Spaltung mit der Ausbreitung des Internets von selbst erledigen würde, warnte die Demokratieforscherin Pippa Norris bereits 2001 davor, dass der Zugang zum Internet allein nicht ausreichen würde und digitale Technologien zu weiterer Spaltung führen könnten (Norris 2001). Mit der Erkenntnis, dass es bestimmte Fähigkeiten braucht, um das Internet zu navigieren, zeigte sich bald der „second digital divide“. Die Möglichkeit, diese Fähigkeiten zu erwerben und anzuwenden, ist nach wie vor höchst ungleich verteilt und oftmals abhängig vom sozioökonomischen Status. Das Internet ist mittlerweile ein fester Bestandteil des täglichen Lebens, viele notwendige Tätigkeiten, etwa Amtswege oder Ticketkauf, sind ohne Internet sehr viel schwieriger, zeitaufwändiger oder sogar unmöglich. Aktuell wird eine neue Dimension der digitalen Spaltung sichtbar. Der „third digital divide“ verdeutlicht, wie komplex das Phänomen mittlerweile geworden ist: Die digitale Spaltung wird mit der Verbreitung des Internets vielschichtiger. Teilhabe im digitalen Zeitalter erfordert neben Zugang zum Internet auch Wissen darüber, wie das Internet möglichst gut für verschiedene Zwecke genutzt werden kann (Scheerder et al. 2017). Teilhabe und gesellschaftliche Inklusion sind ohne digitale Kompetenzen nicht mehr möglich. Die Digitalisierung stellt daher ohnehin schon benachteiligte Gruppen vor besondere Herausforderungen (Thomas et al. 2019).

Digitale Inklusion gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung. Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Diskussion im Rahmen des Forums „Stimmen

gegen automatisierte Benachteiligungen“ bei der 12. Armutskonferenz, die von 8. bis 9. März 2020 in Salzburg stattfand. Er behandelt drei Themenfelder, die aus der Erfahrung der Mitglieder der Armutskonferenz und der Sozialen Unternehmen im Netzwerk von *arbeit plus* besonders oft Barrieren für Menschen aus benachteiligten Gruppen aufweisen: digitale Angebote und Dienstleistungen im öffentlichen Sektor, die häufig Herausforderungen darstellen; Möglichkeiten für digitale politische Partizipation, die die Potenziale, aber auch die Reproduktion bestehender Ungleichheiten im digitalen Zeitalter zeigen; und schließlich automatisierte Entscheidungssysteme in der Sozialpolitik im Sinne einer „Digitalisierung von oben“, die neue Technologien unter dem Deckmantel der Effizienz oftmals zuungunsten von Betroffenen nutzen. Zentral ist aber, dass Digitalisierung gestaltbar ist und möglichst viele Menschen sich an dieser Gestaltung beteiligen sollen. Digitale Inklusion zeigt Wege auf, die Teilhabe aller zu ermöglichen.

Zentrale Bereiche zur Gestaltung von Digitalisierung

Digitale Angebote und öffentliche Dienstleistungen

Digitale Kompetenzen und Infrastruktur werden immer häufiger Voraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben und den Zugang zu Angeboten der Verwaltung (digitale Signatur, Bürger*innenkarte, e-AMS, ...). Die Nutzung von digitalen Angeboten erfordert neben dem Besitz und dem Zugang zu Hardware sowie technischen Fähigkeiten auch die Kompetenz, digitale Inhalte reflektiert und sicher nutzen sowie Informationsquellen kritisch bewerten zu können. Diese Voraussetzungen stellen für armutsbetroffene Menschen, aber auch andere Zielgruppen wie ältere Personen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder mit geringer formaler Bildung oftmals hohe Hürden dar. Dabei gilt es vor allem auf zwei Aspekte hinzuweisen: Erstens haben sozioökonomisch benachteiligte Menschen häufig schlechte oder geringe (schulische) Lernerfahrungen gemacht, weisen Lücken in ihren Basis- und Selbstkompetenzen auf und haben dadurch eine stärkere digitale Scheu entwickelt. Zweitens findet die Nutzung von digitalen Angeboten und Dienstleistungen oftmals während ohnehin als psychisch belastend empfundenen Lebensumständen statt: etwa um Einreichungen bei der Krankenkassa zu tätigen, sich beim AMS als arbeitssuchend zu melden oder eine soziale Dienstleistung zu beantragen.

Während der Corona-Krise wurde sehr deutlich sichtbar, wie ungleich bereits die materielle Ausstattung verteilt ist, die aber Voraussetzung für den Zugang zu digitalen Angeboten ist. Viele Soziale Unternehmen im Netzwerk von *arbeit plus* haben etwa im Frühjahr 2020 mit Refurbish-Modellen und Hardware-Sammlungen versucht, ihre Klient*innen und Kund*innen mit internetfähigen Laptops und Smartphones auszustatten, um ihnen eine weitere Teilnahme an den Angeboten zu ermöglichen. Finanzielle Hürden begrenzen nach wie vor den Zugang zu sinnvollen und zeitsparenden öffentlichen Angeboten und Dienstleistungen

und können – wie im Corona-Lockdown eindringlich spürbar – auch soziale Kontakte limitieren.

Neben der Ausstattung mit Hardware zeigt die Erfahrung unseres Netzwerks, dass auch ein verstärkter Fokus auf Basis- und Selbstkompetenzen sowie neuen didaktischen Formaten notwendig ist, um digital noch fernstehende Menschen mit neuen Medien und deren Umgang vertraut zu machen, sie zu beraten und zu schulen. Der Abbau von digitaler Scheu sollte daher – und wir sind uns dieses Paradoxons bewusst – verstärkt offline begleitet werden und dort seinen Anfangspunkt finden. Danach kann das Lehr- und Lernsetting um modulare Online-Elemente ergänzt werden, die Beratungen und Schulungen umfassen. Digitale Kompetenz und die Nutzung digitaler Angebote fußt aus unserer Praxiserfahrung somit in hohem Ausmaß auf dem Vorhandensein von Basis- und Selbstkompetenzen.

Digitale Angebote und Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung sind daher im doppelten Sinne auf vorgelagerte Inklusionsschritte wie ausreichende und zugängliche Hardwareausstattung sowie digitale Kompetenzen der Anwender*innen angewiesen. Diese Aspekte gilt es in allen Prozessen der Gestaltung dieser Angebote zu bedenken.

Online-Partizipation und Bürger*innenbeteiligung

Das Internet und die mit ihm einhergehenden Kommunikationsmöglichkeiten wurden von Anfang an auch für politische Partizipation eingesetzt. Das Internet bietet neue Möglichkeiten für Mobilisierung, Protest, aber auch für politische Partizipation abseits von Wahlen (Oser et al. 2013). Initiativen im Bereich demokratischer Innovationen wären ohne Internetplattformen für Debatten und Austausch in dieser Form nicht möglich. Demokratische Innovationen sind deliberative Verfahren und Möglichkeiten für Bürger*innen, ihre Meinungen und Wünsche direkt an politische Entscheidungsträger*innen zu übermitteln. Gleichzeitig soll auch eine Debatte zwischen den Bürger*innen angeregt werden, um so einen Konsens zu gesellschaftlichen Fragestellungen und Handlungsmöglichkeiten herzustellen. Menschen beteiligen sich auf Basis ihrer Bürger*innenschaft und nicht, wie es in klassischen repräsentativen Demokratien der Fall ist, auf Basis einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit, Expertise o.Ä. (Smith 2009). Beispiele für demokratische Innovationen, die die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, sind etwa Partizipative Budgets, wie sie bereits in einzelnen Wiener Bezirken durchgeführt wurden, Bürger*innenräte, bei denen die Teilnehmenden mittels Los ausgewählt werden, oder auch offene Versammlungen, online ebenso wie offline (Stadlmair / Moder 2019).

All diese neuen Möglichkeiten für demokratische Beteiligung haben das Potenzial, Angehörige marginalisierter Gruppen in politische Entscheidungsprozesse miteinzubinden – bisher wird dieses Potenzial allerdings nur wenig genutzt (Oser et al. 2013). Anstatt zu Mobilisierung kommt es häufig zu einer Verfestigung bestehender Strukturen: Ebenso wie an Wahlen beteiligen sich

bestimmte sozioökonomische Gruppen – höher gebildete Gutverdiener*innen ohne Migrationshintergrund – auch online häufiger politisch (Hofinger 2019). Die begleitende Evaluation des Partizipativen Budgets in Paris zeigt diese Muster sehr deutlich auf. In Paris können Bürger*innen seit 2015 einen Teil des Stadtbudgets mittels Konsultationsverfahren für bestimmte Projekte zweckwidmen. Der Großteil der Projekte zielte darauf ab, einzelne Bezirke moderner zu machen; kaum eines befasste sich mit sozialer oder ökonomischer Ungleichheit. Bezirke mit geringerem durchschnittlichem Einkommen waren unterrepräsentiert. Unter den Teilnehmer*innen waren junge, höher gebildete Menschen überrepräsentiert (Legendre 2020).

Für politische Partizipation ist der Anspruch, Digitalisierung inklusiv zu gestalten, besonders wichtig. Deliberative Prozesse müssen durch aktive Information offline begleitet und marginalisierte Bevölkerungsgruppen konsequent miteingebunden werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass es zu einer weiteren Spaltung kommt: Zwischen jenen, die die neuen Möglichkeiten aktiv wahrnehmen und als Verbesserung ihrer politischen Einflussmöglichkeiten sehen, und jenen, die einmal mehr außen vorgelassen werden und mit vermeintlich deliberativ entstandenen Entscheidungen leben müssen.

Algorithmic Decision Making (ADM) in der Sozialpolitik

Digitalisierung und neue Technologien bringen neue Organisationsformen, Entscheidungsstrategien und Strukturen für private Unternehmen ebenso wie für öffentliche Akteur*innen. Teil dieser Entwicklung sind Algorithmen und Algorithmische Entscheidungssysteme (Algorithmic Decision Making, ADM), die in vielen Bereichen zum Einsatz kommen, etwa bei Google-Suchen oder im Facebook-Newsfeed. ADM beinhalten „Regeln, nach denen eine Entscheidung getroffen werden kann“ (Zweig 2019). „Algorithmen“ an sich finden Lösungen für mathematisch beschreibbare Probleme, die in unterschiedlichen Anwendungssituationen immer wieder gelöst werden müssen (Zweig 2019: 3). Nutzer*innen haben nur wenig Einfluss auf die Funktionsweise der Entscheidungssysteme, mit denen sie konfrontiert sind. Sie sind meist intransparent und kaum kontrollierbar. In der Politikgestaltung kommen ADM in den vergangenen Jahren verstärkt zum Einsatz, oft mit weitreichenden gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen.

ADM werden bereits in unterschiedlichen Politikfeldern eingesetzt. Die Rechtfertigungsgründe dafür sind vielfältig und reichen von gesteigerter (Kosten-)Effizienz bis hin zur Eindämmung von sogenanntem Sozialbetrug, auch wenn dieser sowohl in absoluten Zahlen als auch monetär stets eine vernachlässigbare Größe ist. Die Erfahrungen sind unterschiedlich, es zeigt sich aber die Gefahr, dass ADM bestehende Ungleichheit reproduzieren und nicht notwendigerweise bessere Entscheidungen treffen als Menschen (Eubanks 2018). Häufig zum Einsatz kommen ADM in der Prävention von Kriminalität, aber auch bei der Verteilung von Sozialleistungen und vermehrt in der Arbeitsmarktpolitik.

Polen setzte zuletzt ein System zur computerbasierten Einteilung arbeitssuchender Menschen ein. Nach Klagen auf Basis des Gleichbehandlungsgesetzes und Beschwerden über Intransparenz musste es mit Ende 2019 eingestellt werden (Niklas 2019). In Australien und den USA bestehen entsprechende Programme (teils computerbasiert, teils von Berater*innen durchgeführt) bereits seit den 1990er Jahren. Verschiedene EU-Länder wenden ebenfalls Profiling von Arbeitssuchenden an (Desiere et al. 2019).

In Österreich verwendete das Arbeitsmarktservice seit Anfang 2019 ein datengestütztes Modell zur Einstufung arbeitssuchender Menschen. Das „Arbeitsmarktchancen-Modell“ (AMAS) befand sich zuletzt in der Einführungsphase und hätte mit Juli 2020 vollständig umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Umsetzung um ein Jahr verschoben, da das Modell der neuen Arbeitsmarktsituation angepasst wird. Bei AMAS handelt es sich um ein ADM, das arbeitssuchende Menschen auf Basis ihrer prognostizierten (Re-)Integrationschancen in den Arbeitsmarkt drei Segmenten zuordnet: hohe (H), mittlere (M) und niedrige (N) (Wieder-)Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Die Zugehörigkeit zu einer arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe sticht allerdings die Segmentzugehörigkeit. Jugendliche werden prinzipiell nicht in die Segmente eingeteilt. Verschiedene Variablen fließen in das Modell zur Berechnung ein, darunter persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht, Ausbildung und Staatsbürger*innenschaft sowie der bisherige Erwerbsverlauf (Holl et al. 2018). Offizielles Ziel der Segmentierung ist es, geeignete Angebote für die jeweiligen Segmentzugehörigen bereitzustellen und Betreuungsintensitäten zu variieren (arbeit plus 2019). Im August 2020 entschied die österreichische Datenschutzbehörde, dass die rechtlichen Grundlagen für AMAS nicht ausreichend sind. Deswegen wird der Einsatz mit 1.1.2021 untersagt, sollten bis dahin nicht die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden (Szigetvari 2020).

Für ADM von staatlicher Seite müssen hohe Kriterien für Transparenz und Fairness gelten, da Bürger*innen meist keine Opt-out-Option haben. In der Praxis ist das häufig nicht der Fall. „Transparenz“ im Sinne der Öffentlichmachung von programmierten Entscheidungsregeln reicht nicht, weil diese meist für nur wenige Expert*innen nachvollziehbar sind. Es braucht in der Erstellung von ADM umfassende Konsultationsprozesse und Übersetzungsleistungen, um die Mitsprache von Bürger*innen zu ermöglichen. Ausreichende Informationen für eine fundierte Meinungsbildung über Prozesse, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, sind die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Im digitalen Zeitalter ist Transparenz wichtiger als je zuvor.

Schlussfolgerungen und Handlungsmöglichkeiten

Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und transformiert unsere Gesellschaft grundlegend. Sie bringt neue Chancen für unser Zusammenleben, aber auch neue Exklusionsgefahren mit sich. Digitalisierung inklusiv zu gestalten,

wird die zentrale sozial- und demokratiepolitische Herausforderung der nächsten Jahre sein. Teilhabe muss auch im digitalen Zeitalter für alle möglich sein. Die Gestaltung digitaler Angebote muss sich an den Bedürfnissen jener Menschen orientieren, die am stärksten von Exklusion bedroht sind.

arbeit plus hat im Jahr 2019 unter dem Titel #diginclusion ein Pilotprojekt zu digitaler Inklusion durchgeführt. Ziel war es, mit Nutzer*innen, also Klient*innen und Mitarbeiter*innen von Sozialen Unternehmen, Angebote zu entwickeln, um digitale Scheu abzubauen und digitale Kompetenzen zu stärken. Im Rahmen des Projekts zeigte sich deutlich, dass soziale Organisationen bei der Gestaltung von Digitalisierung eine zentrale Rolle einnehmen müssen. Sie sind nah dran an marginalisierten Zielgruppen, kennen deren Bedürfnisse und sind Orte, an denen Berührungspunkte mit digitalen Angeboten abgebaut werden können. Die Schlüsselrolle der Sozialwirtschaft hat *arbeit plus* in 10 Thesen zur digitalen Inklusion festgehalten. Die in diesem Beitrag aufgeworfenen Aspekte knüpfen an diese Thesen an, insbesondere in Hinblick auf die folgenden drei Handlungsfelder:

- Digitale Inklusion braucht Empowerment: Marginalisierte Zielgruppen müssen ermutigt werden, digitale Angebote zu nutzen und ihre möglicherweise bestehende Scheu vor dem digitalen Raum abzulegen. Nur wenn alle ihre Stimme erheben – offline wie online – kann Demokratie funktionieren.
- Digitale Inklusion setzt Skills voraus: Soziale Organisationen sind die idealen Orte, um digitale Scheu abzubauen und digitale Fähigkeiten zu schulen. Dafür braucht es oftmals explizit analoge Vorarbeiten, persönliche Gespräche und individuelle Beratung.
- Digitale Inklusion muss laufend begleitet werden: Sowohl für Individuen als auch für Organisationen ist die Digitalisierung eine laufende Herausforderung. Deswegen braucht es begleitende Beratung und Entwicklungsprozesse, um allen eine Nutzung von digitalen Angeboten zu ermöglichen. Problematische Entwicklungen wie etwa der Einsatz automatisierter Entscheidungssysteme müssen aufgezeigt und öffentlich diskutiert werden.

Schifteh Hashemi ist Geschäftsführerin von *arbeit plus*, dem Netzwerk Sozialer Unternehmen in Österreich. Die Sozioökonomin mit einem Master in International Management ist Expertin in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Themen an der Schnittstelle zur Zukunft der Arbeit, sozialer Innovation und digitaler Teilhabe.

Clara Moder ist Sozioökonomin und Grundlagenarbeiterin bei *arbeit plus*. Im Rahmen der AG Sozialpolitik ist sie in der Armutskonferenz engagiert.

Mögliche Quellenangabe

Hashemi, Schifteh / Moder, Clara (2020): Digitalisierung inklusiv gestalten. Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 153–161.
www.armutskonferenz.at/files/hashemi-moder_digitalisierung-inklusive-gestalten_2020.pdf

Literatur

- Arnold, D. / Bellmann, L. / Hirsch-Kreinsen / H., Klammer U. / Maier M. / Steffes S. / Stettes, O. (2017): Arbeiten 4.0 – Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt. In: Wirtschaftsdienst, 97, 7, S. 459–476. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2017/heft/7/beitrag/arbeiten-40-folgen-der-digitalisierung-fuer-die-arbeitswelt.html> [Zugriff: 21.10.2020].
- Desiere, S. / Langenbacher, K. / Struyven, L. (2019): Statistical profiling in public employment services: An international comparison. In: OECD Social, Employment and Migration Working Papers, S. 224.
- Eubanks, V. (2018). Automating inequality: How high-tech tools profile, police, and punish the poor. New York: St. Martin's Press.
- Fossen, F. / Sorgner, A. (2019): Mapping the Future of Occupations: Transformative and Destructive Effects of New Digital Technologies on Jobs. In: Foresight and STI Governance, 13, 2, S. 10–18.
- Hofinger, C. (2019): Politische, soziale, kulturelle Partizipation. forum wien.welt.offen. http://wienweltoffen.at/wp-content/uploads/2013/02/PolitischeSozialeKulturellePartizipation_Hofinger.pdf [Zugriff: 27.10.2020].
- Holl, J. / Kernbeiß, G., / Wagner-Pinter, M. (2018): Das AMS-Arbeitsmarktchancen-Modell. Wien: Synthesisforschung GmbH.
- Legendre, J. (2020): Participatory Budgeting in Paris, France. Participedia. <https://participedia.net/case/5008> [Zugriff: 27.10.2020].
- Min, S.-J. (2010): From the Digital Divide to the Democratic Divide: Internet Skills, Political Interest, and the Second Level Digital Divide in Political Internet Use. In: Journal of Information Technology and Politics, 7, 1, S. 22–35.
- Niklas, J. (2019): Polen: Regierung schafft umstrittenes Scoring-System für Arbeitslose ab. AlgorithmWatch. <https://algorithmwatch.org/story/polnische-regierung-schafft-umstrittenes-scoring-system-fuer-arbeitslose-ab/> [Zugriff: 27.10.2020].
- Norris, P. (2001): Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oser, J. / Hooghe, M. / Marien, S. (2013): Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. In: Political Research Quarterly, 66, 1, S. 91–101. <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1065912912436695> [Zugriff: 27.10.2020].

- Scheerder, A. / van Deursen, A. / van Dijk, J. (2017): Determinants of Internet skills, uses and outcomes. A systematic review of the second- and third digital divide. *Telematics and Informatics*. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0736585317303192?via%3Dihub> [Zugriff: 27.10.2020].
- Smith, G. (2009): *Democratic innovations: Designing institutions for citizen participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stadlmair, J. / Moder, C. (2019): *StadtbürgerInnenschaft*. forum wien. welt.offen. http://wienweltoffen.at/wp-content/uploads/2013/02/Stadtb%3%BCrgerInnenschaft_Stadlmair_Moder.pdf [Zugriff 27.10.2020].
- Szigetvari, A. (2020): Datenschutzbehörde kippt umstrittenen AMS-Algorithmus. In: *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000119486931/datenschutzbehoerde-kippt-umstrittenen-ams-algorithmus> [Zugriff: 27.10.2020].
- Thomas, J. / Barraket, J. / Wilson, C. / Rennie, E. / Ewing, S. / MacDonald, T. (2019): Measuring Australia's Digital Divide. The Australian Digital Inclusion Index 2019. In: *Journal of Telecommunications and the Digital Economy*, 7, 2, https://telsoc.org/sites/default/files/tja/pdf/187-article_text-2035-1-11-20190715.pdf [Zugriff: 27.10.2020].
- Verständig, D. / Klein, A. / Iske, S. (2016): Zero-Level Digital Divide: Neues Netz und neue Ungleichheiten. In: *SIEGEN:SOZIAL – Analysen, Berichte, Kontroversen*, 21, S. 50 – 55.
- Zweig, K. (2019): *Ein Algorithmus hat kein Taktgefühl. Wo künstliche Intelligenz sich irrt, warum uns das betrifft und was wir dagegen tun können*. München: Heyne.

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat 97

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand 107

Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Arno Pilgram

Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie 115

Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen 131

Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt

Christine Unterrainer

Kommentar

Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung 141

Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit

Wolfgang wodt Schmidt

Das Genossenschaftsprojekt OTELO 145

Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften

Martin Hollinetz

Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein 149

Reinkommen statt ‚draußen sein‘

Karl Immervoll

Digitalisierung inklusiv gestalten 153

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben! 213

Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich

Magdalena Stern

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall 219

*Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

Stimme(n) erheben 225

Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie

Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken 231

Alban Knecht

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz 237

*Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren*

Marianne Schulze

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen 241

Status Quo, Defizite, Perspektiven

Michaela Moser

STIMMEN GEGEN ARMUT!

Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise 247

Verena Fabris und Martin Schenk

DIE ARMUTSKONFERENZ. 257


Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



**SCHLECHT
BEZAHLTE
ARBEIT IST
WORK OHNE LIFE
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der uns vor Ausbeutung schützt.

WIR - GEMEINSAM. AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.



#digitour



Digital gut unterwegs in der Arbeitswelt



Schau vorbei auf www.diginclusion.at



ein Projekt von



finanziert durch den Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der



SCHNAPP DIR DEN JOB!



JETZT APP HOLEN!



UNIQUE / Grayling

Bezahlte Anzeige

www.ams.at/app



Arbeitsmarktservice Österreich